

# Tabubruch als Tugend

## Rechtspopulismus in Europa

von Manuela Glaab

Eine Serie von rechtspopulistischen Wahlerfolgen in Europa hat das publizistische Interesse an den Ursachen und Erscheinungsformen dieses Phänomens verstärkt. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen nach wie vor Jörg Haider und seine Freiheitliche Partei (FPÖ), obgleich Rechtspopulisten ebenso in Italien, Frankreich, Dänemark, der Schweiz, den Niederlanden und anderswo triumphierten.

In Deutschland holte Ronald Schill mit seiner neu gegründeten Partei „Rechtsstaatliche Offensive“ bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im September 2001 aus dem Stand 19,4 Prozent der Stimmen. Die Wahlniederlage der FPÖ vom vergangenen Spätherbst und der vergebliche Anlauf der „Schill-Partei“ bei den Bundestagswahlen 2002 können in Zeiten fluider Wählerpotenziale keineswegs bereits als Wendepunkt gewertet werden. Genauer Beobachtung bedürfen zudem Bestrebungen, die schon traditionelle Zersplitterung der europäischen Rechten durch eine stärkere Vernetzung bis hin zu Wahlbündnissen auf der Ebene der Europäischen Union zu überwinden.



Der Rechtspopulismus hat viele Gesichter.

Die Beobachter sind sich weitgehend einig, dass der Rechtspopulismus den Politikstil – und auch die politische Agenda – selbst dort zu verändern beginnt, wo das rechte Lager bislang nur geringes parlamentarisches Gewicht besitzt. Jener „Populismus der Mitte“ wird beispielsweise im Regierungshandeln sichtbar, wenn Entscheidungen mittels der Strategie des „Going Public“ über öffentliche Stimmungen herbeigeführt und als „Chefsache“ inszeniert werden; oder wenn etablierte Parteien populistische Parolen und Aktionsformen aufgreifen. Andererseits zeigt das Beispiel der FPÖ in Österreich, dass populistische Politik in Nöte gerät, wenn sie die Regierungsbeteiligung zu Kompromissen zwingt.

Der Rechtspopulismus in Europa hat viele Gesichter. Deshalb haben biografische Annäherungen an das Thema, wie die jüngst von den Journalisten Michael Jungwirth und Hans-Henning Scharsach in Österreich publizierten Bücher, durchaus ihre Berechtigung. Viele Merkmale des Rechtspopulismus lassen sich daran nachvollziehen: Seine Wählerschaft reicht quer durch alle Schichten; daher appelliert er sowohl an Wohlstandsego-

ismus als auch an Modernisierungsverlierer; er versteht sich als antiinstitutionell, als Kämpfer für das Volk und gegen die Parteienherrschaft; Protestneigung paart sich dabei vielfach mit Gewaltbereitschaft; er ist eher postideologisch orientiert, greift aber das wachsende Sicherheitsbedürfnis angesichts der Globalisierungsrisiken auf; wichtige Themen neben Migration und innerer Sicherheit sind die Verteilungskonflikte im Wohlfahrtsstaat und die Europäische Union; einfache Antworten auf komplexe Probleme sind fester Bestandteil des politischen Repertoires; Anti-Correctness, die den Tabubruch als Tugend versteht, wird bewusst kultiviert und, nicht zuletzt, zählt ein medienorientierter, charismatischer Politikertyp mit autoritärem Führungsstil zu den Markenzeichen. Der hier nur punktuell aufgelistete Befund ließe sich ergänzen und hinsichtlich länderspezifischer Ausprägungen differenzieren.

Beide Bände gewähren manch tiefgründige Einblicke in Gedankenwelt, Personen und Praktiken des Rechtspopulismus. Es handelt sich um biografische Porträts und Erfolgsgeschichten, die sich weniger an eine fachlich kundige als vielmehr an eine allgemein aufgeschlossene Leserschaft richten. Der wissenschaftlich interessierte Leser wird sowohl eine präzise Begriffsbestimmung als auch Quellenbelege oder weiterführende Literaturhinweise vermissen. Wer die Erfolgsfaktoren des Rechtspopulismus in Europa hingegen genauer bestimmen will, wird nicht umhinkommen, systematisierende Vergleichskri-

terien zu erarbeiten. Dazu bedarf es grundlegend einer definitorischen Abgrenzung zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Erst recht ist präzise Sorgfalt gefordert, wenn beispielsweise Parallelen zum Nationalsozialismus gezogen werden. Populäre Vereinfachungen sind problematisch, auch wenn sie wie hier dazu dienen sollen, die vom Rechtspopulismus ausgehenden Gefahren offen zu legen. Dass diese ernst zu nehmen sind, steht außer Frage – gerade deshalb gilt es, sich dieses wissenschaftlichen Desiderats anzunehmen.

Michael Jungwirth (Hrsg.), Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten, Graz: Styria Verlag 2002, 280 S., 19,90 EUR.

Hans-Henning Scharsach, Rückwärts nach rechts: Europas Populisten, Wien: Ueberreuter 2002, 224 S., 19,90 EUR.

## Plaudereien an französischen Kaminen

MARTIN MANTZKE

Tilo Schabert, Wie Weltgeschichte gemacht wird. Frankreich und die deutsche Einheit, Stuttgart: Klett-Cotta 2002, 592 S., 35,00 EUR.

**N**ur wenige Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben so sehr das Interesse der zeitgeschichtlichen Forschung auf sich gezogen wie die dramatische Entwicklung, die zum Ende der DDR geführt hat. Die Periode zwischen dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und der Schaffung eines vereinigten und souveränen Deutschlands im Herbst des darauf folgenden Jahres ist überaus gründlich erforscht worden; die meisten der damaligen Akteure haben ihre

Sicht der Dinge präsentiert, vielerorts haben sich die Archive geöffnet, man glaubt, im Großen und Ganzen zumindest, zu wissen, „wie es gewesen ist“. Zu diesem Wissen gehörte bisher auch, dass Frankreichs Staatspräsident François *Mitterrand* nicht unbedingt ein Befürworter der deutschen Vereinigung gewesen ist, dass er gerade an der Zeitenwende 1989/1990 wohl nicht die beste Form gezeigt hat und dass er, angesichts des Verfalls einer jahrzehntelangen, scheinbar fest verankerten Ordnung in Deutschland und Europa, zumindest zeitweise aus dem Tritt geraten ist. Hatte der französische Präsident mit seiner umstrittenen Reise nach Ost-Berlin und Leipzig im Dezember 1989 nicht demonstriert, dass die Existenz der DDR für ihn eine dauerhafte politische Realität darstellte?

*Mitterrand* und das von ihm geführte Frankreich hätten die Wiedervereinigung „abbremsen“, wenn nicht sogar „blockieren“ wollen? Unsinn, alles Legende – so der an der Universität Erlangen-Nürnberg lehrende Politikwissenschaftler Tilo *Schabert* in einer umfangreichen Studie zur französischen Deutschland-Politik in den Jahren 1989 und 1990.

Für *Schabert* war der französische Staatschef ein „visionärer Realist“, der im Prozess der deutschen Vereinigung „ein klares und konstruktives Konzept“ verfolgt habe. *Mitterrand*, so die zentrale These des Verfassers, habe die deutsche Wiedervereinigung nicht gefürchtet, seine einzige Befürchtung sei vielmehr gewesen, dass diese sich nicht geordnet, „démocratiquement et pacifiquement“, vollziehe (S. 377).

Der Autor will den Leser glauben machen, die französische Politik habe in jenen turbulenten Monaten die Fäden nie aus der Hand gegeben, ja sogar den Prozess hin zur deutschen Einheit letztlich in ihrem Sinn gelenkt, kurzum: für das, was damals in Deutschland passiert sei, habe das „französische Drehbuch“ die Vorlage geliefert.

Nun hielt der in seinem Denken den Werten der Nation und der Freiheit verpflichtete *Mitterrand* es sicherlich nicht für ausgeschlossen, dass die Überwindung der deutschen Spaltung einmal kommen werde. Und als sich im Verlauf der achtziger Jahre die Krise der Sowjetunion nicht länger übersehen ließ, gewann die „deutsche Frage“ für den französischen Staatschef zunehmend an Aktualität. Dem Erbe der Französischen Revolution zutiefst verbunden, war er davon überzeugt, dass die Völker Mittel- und Osteuropas, die DDR eingeschlossen, ein Recht auf Freiheit besäßen. In diesem Zusammenhang stellte sich für ihn jedoch dringlich die Frage nach dem Standort eines in der Mitte Europas wiedervereinigten Deutschlands. Ein solches Deutschland musste auf jeden Fall die bestehenden Grenzen anerkennen, auf nukleare Bewaffnung verzichten und in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion den ihm gebührenden Platz einnehmen.

Für den französischen Staatschef war die „deutsche Frage“ somit ohne jeden Zweifel eine „europäische Frage“; die wechselvolle Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen vor Augen wollte *Mitterrand* sicherstellen, dass von Deutschland,

dem „Land der Gefährdungen“, wie er es mehr als einmal genannt hat, keine Störung des europäischen Gleichgewichts ausging. Unbedingt zu verhindern war ein neutralisiertes Deutschland, das in den Augen *Mitterrands* Europa um Jahrzehnte zurückwerfen und das Unheil eines neuen Krieges mit sich bringen würde. Diese Politik verfolgte der Präsident beharrlich und, wie die Entwicklung beweist, gewiss nicht ohne Erfolg. Bei *Schabert* liest sich das dann so: „François Mitterrand und das von ihm geführte Frankreich arbeiteten selbstverständlich am Werk der deutschen Einheit mit.“ (S. 291)

Diese Erkenntnis verdankt *Schabert*, wie er nicht müde wird zu betonen, dem privilegierten Zugang zu geheimen Präsidialakten; er kennt sie alle und hat sie gelesen und ausgewertet: die Protokolle des französischen Ministerrats, Aufzeichnungen der Berater *Mitterrands*, Berichte Pariser Diplomaten, Analysen des französischen Außenministeriums, Niederschriften über Gespräche des Staatspräsidenten mit ausländischen Staatsmännern. Darüber hinaus hat er eine Vielzahl Interviews geführt: mit *Mitterrand* selbst, mit Personen aus dessen Umgebung, mit deutschen Kanzlerberatern. Mit Datum und Uhrzeit etwa wird von der Unterhaltung berichtet, die der Autor im März 2000 mit dem damaligen Außenminister Hubert *Védrine* in dessen Arbeitszimmer, „eher einem großen, üppig ausgestatteten Salon“, am Quai d’Orsay geführt hat (S. 280), und wie selbstverständlich wird dabei, wie auch bei vielen anderen Gesprächen, die der Autor geführt und protokolliert hat, die Meinung

des Gesprächspartners unversehens zur historischen Wahrheit.

*Schabert* lässt seine Quellen munter sprudeln, die quellenkritische Analyse kommt dabei allerdings häufig zu kurz. Andere Quellen wiederum mag er offenbar nicht zur Kenntnis nehmen; *Mitterrands* von seinem Mitarbeiter Jacques *Attali* im Oktober 1989 protokollierte Äußerung, dass jene, die von der deutschen Einheit sprächen, „keine Ahnung“ hätten, da die Sowjetunion dies niemals akzeptieren werde, scheint dem Autor nicht bekannt zu sein. Auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit denjenigen Autoren, die er der Legendenbildung bezichtigt, verzichtet der Verfasser andererseits gänzlich.

Entstanden ist so ein Buch, das nicht nur unter einem unangemessen pompösen Titel daherkommt, dessen Duktus und dessen philosophierende Sentenzen den Leser ermüden, dessen Schlussfolgerungen häufig irritieren. Entstanden ist gleichzeitig ein Buch, in dessen Mittelpunkt, auch wenn es der Titel nicht unbedingt vermuten lässt, zwei Personen stehen: Da ist zum einen der französische Staatspräsident, eine nicht unumstrittene, gleichwohl bedeutende historische Gestalt. Die andere zentrale Figur in diesem Buch ist niemand anders als der Autor selbst, der keine Gelegenheit auslässt, sich in den Machtzirkeln der französischen Hauptstadt zu präsentieren und der sich selbst bereits im Vorwort ob seiner „Schaffensdisziplin“ ein hohes Lob ausspricht – eine Beurteilung, zu der sich der Rezensent im Hinblick auf dieses Buch indes nicht durchringen kann.

## Deutsche Verhandlungstaktik

MANUELA GLAAB

William R. Smyser, *How Germans Negotiate. Logical Goals, Practical Solutions*, Washington, D.C: United States Institute of Peace Press 2003, 246 S., 17,50 \$.

In Krisenzeiten bedürfen auch Selbstverständlichkeiten der Vergewisserung. Daher dürfte sowohl der amerikanische als auch der deutsche Leser William R. *Smyser*s neuestes Buch „*How Germans Negotiate*“ in diesen Tagen – da die Beziehungen zwischen Washington und Berlin merklich abgekühlt sind – besonders sensibel, zumindest aber mit gespannter Aufmerksamkeit studieren. Der Band ist Teil einer Reihe des „United States Institute of Peace“, die sich zum Ziel gesetzt hat, amerikanischen Diplomaten und Wirtschaftsmanagern ein besseres Verständnis unterschiedlicher Verhandlungskulturen zu vermitteln. Nach Russland, Nordkorea und China widmet sich die nun vorgelegte Studie erstmals einem Land der westlichen Staatengemeinschaft; Bände über Frankreich und Japan sollen in Kürze folgen. Das besondere Interesse an Deutschland führt *Smyser*, der selbst umfangreiche Erfahrungen mit diesem Land hat, auf dessen Mittellage in Europa und sein ökonomisches Gewicht zurück. Die Deutschen seien auf Grund dessen, aber auch wegen ihrer historischen Erfahrungen wie keine andere Nation auf eine erfolgreiche Diplomatie angewiesen.

Dass Verhandlungsstile kulturell verwurzelt sind, dass interkulturelle Kommunikation von Traditionen beeinflusst wird, steht außer Frage. All-

gemein gültige Handlungsanweisungen für das diplomatische wie auch das wirtschaftliche Geschäft zu formulieren, ist gleichwohl ein riskantes Unterfangen. Der Verfasser versucht seine Betrachtungen zu den „typisch deutschen“ Verhandlungsmustern zu untermauern, indem er Geographie, Geschichte, Philosophie und wirtschaftliche Entwicklung der Deutschen beleuchtet. Bis in das Heilige Römische Reich deutscher Nation verfolgt er die Herausbildung der deutschen Verhandlungsmentalität zurück. Gleichzeitig appelliert er an seine amerikanischen Leser, die Zeit nach 1945 und die Entwicklung Deutschlands zu einer souveränen, multilateral orientierten Mittelmacht stärker zur Kenntnis zu nehmen.

Gestützt auf eigene Anschauungen und Gespräche mit Akteuren, angereichert mit Anekdoten, schildert *Smyser* sowohl politische als auch wirtschaftliche Verhandlungen, z.B. über den Moskauer Vertrag oder den Zusammenschluss von Daimler Benz und Chrysler. Verhandlungsphasen werden ebenso veranschaulicht wie Verhandlungstaktiken. Als Wesensmerkmal deutscher Verhandlungsführung sieht er die Logik der Argumentation sowie ein vorab erarbeitetes Gesamtkonzept. Hiervon ließen sich die stets bestens vorbereiteten, verbindlichen Deutschen nur schwer abbringen, obwohl sie zumeist auf Übereinkunft bedacht seien. In der jüngeren Managergeneration halte zusehends die angloamerikanische „MBA-Kultur“ Einzug. Seine durchaus zutreffenden Beobachtungen fasst der Autor abschließend in einer Liste

praxisnaher Verhaltensempfehlungen zusammen. Dass sein „Erfolgsrezept“ höchst plakativ gerät, liegt in der Natur der Sache.

## Ein Monumentalwerk

JÜRGEN TUREK

Manuel Castells, Das Informationszeitalter. 3 Bde., Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Die Macht der Identität, Jahrtausendwende, Opladen: Leske+Budrich 2003, zusammen 1515 S., jeweils 34,90 EUR.

Das Informationszeitalter, die Netzwerkgesellschaft, Globalisierung, Technologiedominanz – all dies sind Chiffren zur Beschreibung des aktuellen sozioökonomischen Wandels. Was woanders allzu oft nur worthülsengleich daher kommt, erhält in dem monumentalen, dreibändigen Werk von Manuel *Castells* zum Informationszeitalter eine prägnante Gestalt. Auf der Grundlage unzähliger, verdichteter Fakten und Analysen macht der amerikanische Soziologe damit den Versuch, eine systematische Theorie der Informationsgesellschaft zu entwickeln, welche die fundamentale Bedeutung der Informationstechnologie für die heutige Welt erschließt.

Im Ergebnis entsteht so eine interessante Soziologie des Informationszeitalters. Das Werk, das auf der bereits zwischen 1996 und 1998 in den USA veröffentlichten Originalausgabe beruht, ist dabei mehr als eine reine Übersetzung. Vielmehr hat der Autor bei der deutschsprachigen Ausgabe nochmals kräftig Hand angelegt und seine Analysen auf den neuesten Stand gebracht.

Im ersten Band seiner Trilogie widmet sich der Autor den gesellschaftlichen Konsequenzen einer zunehmend vernetzten Welt. Netzwerke bilden für *Castells* die neue soziale Morphologie unserer Gesellschaften. Die Verbreitung der Netzwerklogik verändere dabei die Funktionsweise und die Ergebnisse von Prozessen der Produktion, Erfahrung, Macht und Kultur. Ein zentraler Unterschied zur Vergangenheit sei, dass in der Netzwerkgesellschaft die Macht der Ströme Vorrang gegenüber den Strömen der Macht gewinne.

Die heutige Wirtschaftsweise sei in globalen Netzwerken von Kapital, Management und Information organisiert, deren Zugang zu technologischem Know-how im Grunde über Produktivität und Konkurrenzfähigkeit entscheide. Unternehmen, aber auch in zunehmender Weise gesellschaftliche Institutionen und Organisationen, seien in Netzwerken mit „variabler Geometrie“ organisiert, deren Verflechtung die traditionelle Unterscheidung zwischen Konzernen und kleineren Unternehmen ersetze, sich quer durch alle Sektoren erstrecke und sich entlang unterschiedlicher geographischer Konzentrationen ökonomischer Einheiten ausbreite. Arbeitsprozesse würden dementsprechend zunehmend individualisiert, die Arbeit werde in ihrer Ausführung in ihre Bestandteile zerlegt und am Ende durch eine Vielzahl zusammenhängender Aufgaben an verschiedenen Standorten neu integriert. Damit werde der Boden für eine neue Arbeitsteilung bereitet, die auf den Eigenschaften und Fähigkeiten jeder



einzelnen Arbeitskraft beruhe und nicht mehr auf der Organisation der einzelnen Arbeitsschritte.

Die Folgen sind für *Castells* schlichtweg revolutionär, denn sie verändern schließlich nicht nur die Existenzgrundlagen des Individuums und der Gesellschaft, sondern formen auch eine neue Architektur der Macht. Nicht nur verlören die Institutionen, die einstmals die Industriegesellschaft prägten – der Staat, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften – an Relevanz; vielmehr entstehe so eine neue soziale Frage des Informationszeitalters. Hier gehe es aber nicht um eine Rückkehr zum Manchester-Kapitalismus; für *Castells* ist der Mechanismus anders: An die Stelle der Ausbeutung im industriell geprägten Kapitalismus trete nun vielmehr eine andere Form der möglichen Diskriminierung, die der Ausschließung – intern, regional und, vor allem, international. Er weist hier insbesondere auf die wachsenden Asymmetrien zwischen der entwickelten und der weniger entwickelten Welt hin. Es gebe eben diesen äußerst dynamischen Kern der Menschheit, ausgestattet mit Wissen, Kapital und Technologie, der rund ein Drittel der Weltbevölkerung umfasse, und demgegenüber gebe es den Rest des zweiten Drittels ohne Zugang. Sein Fazit: da formiert sich eine Vierte Welt, die ausgeschlossen bleibt.

Was sind nun die Folgen für das Ich und das Selbst? Diese Frage greift der linksliberale Gesellschaftstheoretiker im zweiten Band mit großer Sensibilität auf, indem er die beiden entgegengesetzten Trends Globalisierung und

Identität thematisiert. Da Globalisierung eine global agierende Wirtschaft erzeuge, die durch Flexibilisierung und Unsicherheit von Arbeit und eine Kultur der „realen Virtualität“ gekennzeichnet sei, wüchsen gleichzeitig „Widerstands-Identitäten“ heran. So schaffe sich kollektive Identität machtvoll Ausdruck und es entstünden die kulturellen Kommunen des Informationszeitalters, die sich in ihren kommunalen Himmeln verschanzten und sich weigerten, von den globalen Strömen und dem radikalen Individualismus weggespült zu werden. Sie stemmten sich gegen die Globalisierung und beharrten auf kultureller Eigenständigkeit, auf der Selbstbestimmung über Leben, Umwelt und Kultur. *Castells* beschreibt und analysiert Ursprünge, Ziele und Wirkungen übergreifender Bewegungen, die sich auf Religion, Ethnie, Familie, Nation und das Verhältnis von Mann und Frau beziehen. In herausragender Weise berühre dies die Rolle der Frau – die weltweite Vermischung der Kulturen untergrabe das Patriarchat und beschere den Frauen neue Freiheiten.

Die Reflexe der Menschen gegen Globalität und neue Netze seien weltweit deutlich sichtbar und die Ausgeschlossenen antworteten, indem sie ihrerseits Ausgrenzung und Ausschluss betrieben. Daraus nähre sich der Fundamentalismus in all seinen Formen: religiös, ethnisch oder nationalistisch. Und dazu zählten der islamische Fundamentalismus in den arabischen Ländern ebenso wie der christliche Fundamentalismus in den Vereinigten Staaten. Europa habe es in

diesem Kontext eher mit einem wachsenden Rechtspopulismus eines Jörg Haider zu tun, der Stimmungen, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Nationalismus bündele. Hier entsteht eine starke Identität derer, die eben nicht wollen, dass sie die Kontrolle verlieren. Aber auch Rechtspopulismus sei nur eine von vielen Antworten auf Globalisierung und die Netzwerkgesellschaft. Doch jede Antwort zeige auf: Im Kern unterhöhle die Netzwerkgesellschaft die Souveränität des Nationalstaats und die Legitimität demokratischen Regierens, was sich dann einerseits in den Rückzug auf überschaubare und vertraute Gegenwelten oder andererseits in aktiven Widerstand entlädt. Hinzu komme eine „perverse Koppelung“, da sich das internationale Verbrechen die Not der „Vierten Welt“ zunutze mache, um die Entwicklung einer globalen kriminellen Ökonomie voranzutreiben.

Im dritten Band liefert *Castells* dann das Resümee seiner Trilogie und weitet seinen Blick auf den Zustand der internationalen Staatenwelt aus. Zur Jahrtausendwende sei die Welt dabei, ihre neue Form anzunehmen, die im Ganzen das Resultat der informationstechnologischen Revolution, der Krise sowohl des Kapitalismus als auch des Etatismus und des Aufblühens neuer sozialer Bewegungen sei. Ungleichheit, Polarisierung, soziale Asymmetrien und eine neue Landkarte der Konflikte, so *Castells*, prägen in Zukunft dabei in weiter steigendem Maße das Schicksal der Netzwerkgesellschaft, was sich an der weltweiten Zunahme von Armut, Not, Ungleich-

heit, sozialem Ausschluss und den gewalttätigen Reaktionen darauf deutlich manifestiere. Zugleich zeigt der Autor, dass und wie eine weiter wuchernde global organisierte Kriminalität Wirtschaft, Staat und Gesellschaft vieler Länder bedroht und lenkt schließlich den Blick auf den asiatisch-pazifischen Raum, den er als einen der wichtigsten, gleichzeitig aber auch als einen der unsichersten Einflussfaktoren in der Netzwerkökonomie identifiziert. Der Fragmentierung und multipolaren Zersplitterung der internationalen Staatenwelt widmet er hier abschließend sein besonderes Augenmerk. Interessant dabei erscheint vor allem, dass er in der europäischen Integration den Keim einer staatlich adäquaten Kompensation der Auswüchse der Netzwerkgesellschaft sieht, auch wenn die Integration des Kontinents noch zu sehr auf wirtschaftliche Dinge beschränkt sei.

Manuel *Castells* hat mit diesem Werk eine grandiose Beschreibung und Analyse der Netzwerkgesellschaft erstellt. Immer wieder weist er darauf hin, dass Gegenwart und Zukunft sich nicht zwangsläufig ergeben, sondern dass es in der Hand des Menschen liegt, ob letztlich Positives oder Negatives dominiert. Insofern spürt er durchaus auch Hoffnungshorizonte und Chancen auf, obwohl er selbst eigentlich eher skeptisch bleibt. Wenn auch dabei die Rigorosität seines Urteils hin und wieder irritiert, so schält er doch die neue Präambel des zukünftigen Gesellschaftsvertrags heraus: Die Netzwerkgesellschaft trägt größere Risiken, weniger Sicherheit, aber auch neue Chancen in sich.